



70 JAHRE NATO - EIN BÜNDNIS MIT ZUKUNFT?



**DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER NATO:
UNSERE LEISTUNG KANN SICH SEHEN LASSEN**

Ursula von der Leyen

**NATO IM WANDEL: DIE HISTORISCH
BEWÄHRTE ANPASSUNGSFÄHIGKEIT IST GEFRAGT**

Andrea Rotter

**NATO UND EU: AUSGEWOGENERE
FÄHIGKEITENVERTEILUNG OHNE DOPPELSTRUKTUREN**

Thomas Erndl

**AMERICA FIRST: NATO-PARTNER ALS GEFÄHRDERT
DER NATIONALEN SICHERHEIT DER USA**

Josef Braml

DIE ZUKUNFT DER NATO: IN EINE NEUE EPOCHE

Stefanie Babst

**DIE EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSUNION:
DER RICHTIGE WEG IN EINER INSTABILEN WELT**

Christoph Raab

**DAS DEUTSCHE
HEER IN DER NATO:
GEFRAGTER UND
VERLÄSSLICHER
PARTNER**

Jörg Vollmer



LIEBE LESERINNEN UND LESER,
LIEBE FREUNDE DES ASP,

als die NATO am 4. April 1949 gegründet wurde, geschah dies aus der Überzeugung heraus, dass nur eine kollektive Selbstverteidigung den Frieden in Europa bewahren konnte.

Im Schutze der NATO konnte sich die Bundesrepublik und Westeuropa wirtschaftlich und gesellschaftlich frei entwickeln. Bis 1990 hat die NATO so einen erheblichen Teil zu Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa beigetragen.

Den Ost-West-Konflikt hat das Bündnis inzwischen fast 30 Jahre überlebt. Der Kern der NATO, das Versprechen, militärisch einander Beistand zu leisten, ist jedoch immer noch gültig und macht dieses Bündnis auch heute noch zum wichtigsten Garanten unserer Sicherheit in Europa.

Nach der Wende hat sich die Bedrohungslage für uns in Europa mehrfach geändert. Zwischenzeitlich meinten einige, man könne gänzlich auf die NATO verzichten. Spätestens jedoch seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim müssen wir in Europa zunehmend unseren Blick leider auch nach Osten richten.

Das bedeutet für uns Europäer, dass wir wieder ein stärkerer Pfeiler innerhalb der NATO werden müssen, um selbst verteidigungsfähig zu sein. Dabei kommt Deutschland als größtem und wirtschaftlich enorm erfolgreichem europäischen NATO-Mitglied eine entscheidende Rolle zu, wenn Europa tatsächlich verteidigungsfähig werden soll. Unsere aktuellen Ambitionen sind hier zu wenig und besorgen unsere Partner gerade auch auf unserem Kontinent.

Im aktuellen Heft wird das Verhältnis von Deutschland zu EU, USA und NATO aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Außerdem geht es um die aktuelle Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses und künftige militärische Herausforderungen, wie hybride Kriegsführung.

Viel Spaß bei der Lektüre.

Mit besten Grüßen
Ihr Florian Hahn MdB
Landesvorsitzender des ASP
Stv. Generalsekretär der CSU



Ursula von der Leyen

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER NATO: UNSERE LEISTUNG KANN SICH SEHEN LASSEN!

URSULA VON DER LEYEN

Die NATO kann auf eine siebzigjährige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Ihre Stärke und ihr Zusammenhalt tragen seit 1949 maßgeblich dazu bei, Frieden und Freiheit in Europa zu bewahren. Deutschland hat davon profitiert wie kaum ein anderes Land. Die Solidarität unserer Alliierten und die Bereitschaft, gemeinsam für unsere Sicherheit einzustehen, ermöglichten die Wiedervereinigung und schufen die Voraussetzungen für Stabilität und Wohlstand.

Heute ist Deutschland kein „Frontstaat“ im Ringen zweier Machtblöcke mehr, sondern umgeben von Verbündeten und Partnern. Gleichwohl sind unser Land und Europa neuen Risiken ausgesetzt. Russische Machtpolitik, internationaler Terrorismus, hybride Bedrohungen, Angriffe aus dem Cyber- und Informationsraum, Instabilität rund um Europa – um in diesem Umfeld bestehen zu können, brauchen wir die NATO als Rückgrat unserer Sicherheit. Die Stärke des Bündnisses liegt vor allem im Vertrauen der Verbündeten in das Beistandsversprechen und in einer fairen Lastenteilung im Bündnis. Das macht den Kern der NATO aus.

Deswegen bekennt sich die Bundesregierung unverändert zu dem Ziel, die Verteidigungsausgaben auf 2 % der nationalen Wirtschaftskraft zuzubewegen – wie das 2014 beim NATO-Gipfel alle Verbündeten gemeinsam beschlossen und seither immer wieder bekräftigt haben. In einem Zwischenschritt wollen wir bis 2024 1,5 % erreichen. Allein für das laufende Jahr haben wir die Verteidigungsausgaben um 5 Milliarden Euro erhöht – die größte Steigerung seit der deutschen Wiedervereinigung. In 2020 wird das Verteidigungsbudget eine Steigerung von 40 % seit Wales erreichen.

Diese Verteidigungsausgaben dienen unserem wohlverstandenen Eigeninteresse. Jeder Euro für die NATO ist unmittelbar in deutsche und europäische Sicherheit investiert. Deswegen planen wir die Modernisierung unserer Bundeswehr in enger Abstimmung mit unseren Bündnispartnern und stärken Integration und Zusammenarbeit in der NATO.



Ursula von der Leyen und NATO Generalsekretär Jens Stoltenberg

Faire Lastenteilung gilt aber nicht nur für die Finanzen. Neben der Höhe des Verteidigungshaushalts kommt es auch auf die Beiträge und Fähigkeiten an, die ein Verbündeter der Allianz zur Verfügung stellt. Deutschlands Leistung kann sich dabei sehen lassen:

- Wir sind der zweitgrößte Truppensteller in der NATO.
- Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland 2014 stärken wir in der NATO nachdrücklich die Sicherheit unserer östlichen Bündnispartner. Die Luftwaffe schützt jedes Jahr für vier Monate mit Eurofighters den Luftraum im Baltikum.
- Das Heer stellt in Litauen mit rund 500 Soldatinnen und Soldaten den Kern eines alliierten Gefechtsverbandes und demonstriert so, dass Litauen sich auf die NATO verlassen kann. Wir sind damit das einzige kontinentaleuropäische Land, das diese Funktion der Rahmennation bei Enhanced Forward Presence übernimmt.
- Und wir unterstützen die Luft- und Seeraumüberwachung entlang der NATO-Ostflanke und tragen damit zu einem aktuellen Lagebild bei.
- Deutschlands Beitrag zur Sicherheit im Bündnis zeigt sich auch beim Aufbau des multinationalen „Joint Support and Enabling Command“ in Ulm, dem neuen Herz der NATO-Logistik in Europa. Und jedes Jahr üben Tausende Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gemeinsam mit unseren Verbündeten in Nord- und Osteuropa.
- Derzeit stellt Deutschland außerdem den Kern der „Speer Spitze“ der NATO, die VJTF. Dafür bietet die Bundeswehr bis Ende 2020 über 8.000 Soldatinnen und Soldaten in unterschiedlichen Bereitschaftsstufen auf. Und bereits in 2023 übernehmen wir wieder die Verantwortung als Leadnation für die VJTF.
- Parallel macht die NATO Readiness Initiative vorhandene Kräfte einsatzbereiter. Dazu hat Deutschland der NATO ab 2020 zusätzlich zur VJTF mehr als 7.000 Soldatinnen und Soldaten zugesagt.

2020 werden somit für unser Engagement im Bündnis rund 18.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gebun-

den sein – 10 % unserer Kräfte. Das zeigt: Deutschland leistet einen substantiellen Beitrag zur Wehrhaftigkeit der NATO.

In der NATO geht es aber um mehr als um Zahlen. Schon mit ihrer Gründung verstand sich die NATO als Wertegemeinschaft. Die Präambel des NATO-Vertrags verpflichtet die Mitgliedsstaaten auf den Schutz von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Das ist ein hohes Gut, an dem sich die NATO in ihrem Handeln stets messen lässt.

Die Verknüpfung von Werten und Sicherheitsinteressen zeichnet die NATO als politisches und militärisches Bündnis aus. Das ist ein wichtiger Teil ihrer Erfolgsgeschichte und macht sie attraktiv und offen für neue Mitglieder. Wenn bald Nord-Mazedonien als 30. Mitgliedsstaat dem Bündnis beitreten wird, dann zeigt das eindrucksvoll, wie groß das Sicherheitsversprechen und wie hoch das Vertrauen ist, das sich mit der NATO-Mitgliedschaft verbindet.

Seit 70 Jahren bildet die NATO das starke Band über den Atlantik. Gemeinsam haben wir von der Sicherheit und Stabilität profitiert, die so ermöglicht wurde. Gemeinsam haben wir das Bündnis an veränderte Bedrohungen angepasst. Gemeinsam werden wir auch in Zukunft Antworten finden auf die jeweiligen Herausforderungen der Zeit.

Das starke amerikanische Engagement in der NATO bleibt dabei für die Sicherheit Europas unverzichtbar. Heute ist aber auch ein starker europäischer Pfeiler der NATO wichtiger denn je. Wir Europäer müssen sicherheitspolitisch und militärisch handlungsfähiger werden und mehr Verantwortung für unsere Sicherheit übernehmen.

Deswegen haben wir die Europäische Verteidigungsunion aus der Taufe gehoben. Dazu gehört, dass wir den Europäischen Verteidigungsfonds für gemeinsame Rüstungsprojekte nutzen und über die PESCO-Projekte die Effektivität gemeinsamer europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik erhöhen. Das wird eine der Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr sein. Entscheidend ist, dass diese Stärkung der europäischen Verteidigung stets auch zur Stärkung der NATO beiträgt.

Deutschland – als wirtschaftlich bedeutende Nation in der Mitte Europas – wird in der Sicherheitspolitik europäischer werden, aber transatlantisch bleiben. Und wird unseren Bündnispartnern die gleiche Solidarität erweisen, die sie uns seit vielen Jahrzehnten entgegenbringen.

Dr. Ursula von der Leyen MdB
Bundesministerin der Verteidigung

Seit 2013 Bundesministerin der Verteidigung. Vor ihrer jetzigen Funktion war sie seit November 2009 Bundesministerin für Arbeit und Soziales und von 2005 bis 2009 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

NATO IM WANDEL: DIE HISTORISCH BEWÄHRTE ANPASSUNGSFÄHIGKEIT IST GEFRAGT

ANDREA ROTTER



Andrea Rotter

2019 feiert die NATO ihr 70-jähriges Jubiläum – dennoch war die Stimmung beim Festakt in Washington getrübt. Auf beiden Seiten des Atlantiks wird über die Zukunft der Militärallianzen diskutiert. Derartige Diskussionen sind nicht neu, schließlich wurde nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes schon oft über ihre fortdauernde Existenzberechtigung spekuliert. Die Vergangenheit offenbart jedoch die Fähigkeit der NATO, ihre Rolle in einem sich wandelnden Umfeld immer wieder neu zu definieren und ihren Fortbestand zu sichern. Diese Anpassungsfähigkeit ist auch heute gefragt – gerade wir Europäer werden aber gefordert sein, über den transatlantischen Tellerrand zu blicken und teils schmerzliche Entscheidungen zu treffen.



Die Gründungsstaaten der NATO am 4. April 1949 in Washington, D.C.

„To keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down“, erklärte der erste NATO-Generalsekretär Lord Ismay die Gründung der Allianz. Gemessen am historisch-geopolitischen Kontext galt es, die USA an die europäische Sicherheit zu binden und sicherzustellen, dass von Deutschland keine Gefahr mehr ausginge. Gleichzeitig deutete sich früh ein Konflikt zwischen dem US-dominierten Westen und der Sowjetunion an, die es einzudämmen galt. Ausgehend von der gemeinsamen Bedrohungsperzeption einigten sich die Gründungsstaaten im Nordatlantikkpakt darauf, ein System der kollektiven Verteidigung zu begründen. Kernstück des Vertrages ist Artikel 5, in dem sich die Partner gegenseitigen Beistand im Falle eines bewaffneten Angriffs zusichern – ein Szenario, das in ihrer 70-jährigen Geschichte nur nach 9/11 eintrat.

War die Aufgabe der NATO im Kalten Krieg noch klar als Verteidigungsallianz gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt definiert, nahm der Zerfall der UdSSR dem

Bündnis schlagartig den Grund seines Bestehens. Obgleich die NATO stets an ihrer Kernfunktion der Bündnisverteidigung festhielt, gab das Ende des Kalten Krieges Anstoß für einen tiefgehenden Transformationsprozess. An die Stelle eines zentralen Widersachers im bipolaren System traten zerfallende Staaten, nichtstaatliche Akteure und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Bedingt durch Umbrüche im internationalen System erweiterte die NATO sukzessive ihr Aufgabengebiet, um den neuen Sicherheitsbedrohungen zu begegnen. Neben das Ziel der Bündnisverteidigung trat die ambitionierte Vision, zum Grundstein für eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu werden. Das Strategische Konzept von 1991 rückte Dialogformate mit den ehemaligen Sowjetstaaten sowie Krisenprävention und -management stärker in den Fokus. Durch Partnerschaftsformate (u. a. Partnership for Peace) baute die NATO kooperative Beziehungen mit Nichtmitgliedstaaten auf und etablierte ein globales Netzwerk. Der sukzessive Beitritt ehemaliger Warschauer Pakt-Staaten unterstrich die anhaltende Attraktivität der NATO, die ihrer Rolle als reines Militärbündnis zugunsten einer politischen Allianz entwachsen war.

Der Zerfall Jugoslawiens verdeutlichte allerdings die Fragilität der europäischen Sicherheit und entfachte eine Debatte über Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes: „NATO should either go out of area or out of business“, konstatierte US-Senator Richard Lugar 1993. Nach intensiver Diskussion entschloss man sich auf UN-Geheiß eine Flugverbotszone im Bosnienkrieg durchzusetzen. In der Folge brachte sich das Bündnis in verschiedenen Missionen ein, die teils umstritten waren und deren Schatten sich auf Folgeinsätze warf. So missfiel den USA die komplizierte Konsensbildung während des Kosovo-Einsatzes 1999, weshalb sie nach den Anschlägen von 9/11 zunächst auf eine Koalition der Willigen setzten. Heute ist die NATO in der Lage, ein diverses Spektrum an Operationen durchzuführen (z. B. Rolute Support in Afghanistan, Sea Guardian im Mittelmeer sowie eine Trainingsmission im Irak).

Auch in jüngster Vergangenheit erwies sich das Bündnis als wandlungsfähig. Mit der Ukraine-Krise und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland 2014 rückte erneut die Bedeutung von Bündnisverteidigung und Abschreckung, ergänzt durch hybride Charakteristika, in den Fokus. Und in der Tat gelang es der Allianz, sich relativ rasch den neuen

Begebenheiten anzupassen: Zur Rückversicherung der osteuropäischen Partner beschloss man die „Enhanced Forward Presence“ in Polen und im Baltikum. Die Einsatzbereitschaft der NATO Response Force wurde durch die Schaffung einer schnell verlegbaren „Speerspitze“ erhöht. 2018 reformierte man die NATO-Kommandostruktur und schuf zwei neue Kommandozentralen in Norfolk und Ulm. Zur Erhöhung militärischer Mobilität soll die Initiative „Four Thirties“ bis 2020 sicherstellen, dass die NATO innerhalb von 30 Tagen 30 Bataillone, 30 Schlachtschiffe und 30 Flugstaffeln einsatzbereit hat. Insgesamt eine beeindruckende Bilanz – schließlich handelt es sich um einen Verbund von 29 Staaten mit unterschiedlichen Bedrohungs- wahrnehmungen und Interessen.

Zukünftig wird es darum gehen, die Kohärenz des Bündnisses zu bewahren. Dies umfasst angesichts umstrittener Reformen in einigen Mitgliedstaaten das Sicherstellen eines demokratischen Grundverständnisses ebenso wie eine innereuropäische Konsensfindung und eine starke transatlantische Partnerschaft. Denn für die USA verliert Europa angesichts der neuen Großmachtrivalität an strategischer Bedeutung. Washington wird sich stärker auf den asiatisch-pazifischen Raum konzentrieren. Dies bedeutet, dass die US-Erwartungen an Europa wachsen werden, die Last der eigenen Sicherheit selbst zu tragen. An einer Stärkung des europäischen NATO-Pfeilers führt kein Weg vorbei.

Zudem wird die NATO künftig noch mehr über den Tellerrand blicken müssen. So warnt Harvard-Professor Stephen Walt vor

dem Ende des Bündnisses, sollte es sich nicht dem Aufstieg Chinas und den Implikationen für die transatlantische Partnerschaft widmen. Damit ist kein militärisches Engagement der NATO im Pazifik gemeint, sondern eine klare Positionierung der Europäer an der Seite der Amerikaner, sei es in Handelsfragen oder beim Zugang zu Schlüsseltechnologien. Diese Sichtweise überträgt sich bereits auf die politische Realität: Die Trump-Administration drängt die NATO, sich mit möglichen Bedrohungen aus China zu befassen. Im globalen Wettlauf um die technologische Vorherrschaft, der angesichts der 5-G-Debatte auch in Europa ausgetragen wird, wächst der Druck der USA. Europa steht zunehmend zwischen dem traditionellen Partner USA und dem wichtigen Handelspartner China und sieht somit schweren Entscheidungen entgegen. Der NATO wird es also erneut abverlangt werden, ihre Rolle neu zu definieren. Keine leichte Aufgabe, angesichts ihrer langen Erfolgsgeschichte aber auch kein unmögliches Unterfangen.

Andrea Rotter M.A.
Hanns-Seidel-Stiftung

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der transatlantischen Sicherheitskooperation sowie der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Anzeige

KAMPFERPROBT UND DABEI ERFOLGREICH.



Im Einsatz erweist sich der Eurofighter Typhoon für Luftwaffen als das Flugzeug der Wahl. Seine beispiellose Zuverlässigkeit und Funktionalität, die in allen Bereichen ständig weiter entwickelt wird, werden dem Eurofighter Typhoon über noch weitere Jahrzehnte hinweg eine unverzichtbare Rolle zukommen lassen.

Luftüberlegenheit. We make it fly.

airbus.com   

FLY
WE MAKE IT

AIRBUS

NATO UND EU: AUSGEWOGENERE FÄHIGKEITENVERTEILUNG OHNE DOPPELSTRUKTUREN

THOMAS ERNDL



Thomas Erndl

Zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Sicherheit und Verteidigung ausgeben, darauf hatten sich die Mitgliedstaaten der North Atlantic Treaty Organization (NATO) in 2014 verständigt. Bereits unter US-Präsident Obama wurde somit ein höherer Europäischer Beitrag für das transatlantische Bündnis gefordert. Das Verteidigungsbudget der USA war 2018 mit rund 600 Milliarden Dollar mehr als zweimal so hoch wie das Budget der europäischen NATO-Mitglieder (EU28 ca. 250 Milliarden Dollar). Hinter den Zahlen versteckt sich vor allem eine ungleiche Leistungsfähigkeit. Und die USA nutzen ihre finanziellen Mittel effizienter. Zum Vergleich: Die Europäische Union (EU) leistet sich 178 verschiedene Waffensysteme – sechsmal so viele wie die USA. Das ist ineffizient in der Logistik, Ausbildung und Entwicklung.



Soldaten unterschiedlicher europäischer NATO-Mitglieder beim gemeinsamen Exerzieren (Quelle: Bundeswehr/Wilke)

Unabhängig von den Diskussionen innerhalb der NATO geht es in den kommenden Jahren auch um die Weiterentwicklung einer eigenständigeren europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Europa muss schlüssig seine Interessen formulieren. Der Begriff „Strategische Autonomie“ muss politisch mit Leben gefüllt werden.

Dabei muss klar sein, dass trotz einer größeren europäischen Eigenständigkeit die NATO die Grundlage der kollektiven Verteidigung Europas ist. Alle EU-Initiativen bedeuten eine komplementäre Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO.

22 Staaten sind sowohl Mitglied der EU als auch der NATO. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen besteht seit vielen Jahren. In der Folge entwickelte sich eine breite Palette an Instrumenten, die eine größere Sicherheit für die Bürger in Europa schaffen. Im Jahr 2016 und im Jahr 2018 gab es jeweils eine gemeinsame Erklärung von EU und NATO zur verbesserten Kooperation. Konkret werden sieben Bereiche genannt, in denen die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen gestaltet werden soll, von der Abwehr hybrider Bedrohungen über Cybersicherheit bis hin zu Verteidigungsfähigkeiten. Gerade der letzte Aspekt ist für die Frage, in welchem Verhältnis NATO und EU zukünftig stehen sollen, von großer Bedeutung.

Einen wichtigen Beitrag zu europäischen Verteidigungsfähigkeiten leistet die Permanent Structured Cooperation (PESCO). Im Rahmen der konkretisierten Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU verstärken aktuell 25 Mitgliedstaaten ihre Zusammenarbeit beim Ausbau und der Bereitstellung militärischer Fähigkeiten. Die europäische Integration im Verteidigungsbereich liegt im ureigenen Interesse Deutschlands. Auf Basis der Prioritäten für die Fähigkeitenentwicklung der EU wurden im Rahmen der PESCO 34 Projekte vereinbart. Es handelt es sich um breites Spektrum von Projekten und reicht von der Einrichtung eines Europäischen Sanitätskommandos über eine Verbesserung der Meeresüberwachung bis hin zur Schaffung einer gemeinsamen nachrichtendienstlichen Ausbildungseinrichtung.

Zusätzlich zu PESCO hat die EU 2017 den Europäischen Verteidigungsfonds ins Leben gerufen, um die Grundlagenentwicklung zu stärken. Unnötige Mehrfachausgaben sollen vermieden werden, indem Forschungsinvestitionen und die Entwicklung sowie Beschaffung von Verteidigungsgütern besser koordiniert, ergänzt und verstärkt werden. Dafür werden jährlich 5,5 Mrd. EUR bereitgestellt.

Die NATO selbst baut ebenfalls die Strukturen in Europa aus. In Ulm wird eine neues Kommando Logistik eingerichtet, das

schnelle Truppen- und Materialtransporte sicherstellen soll. Hier ist eine enge Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten notwendig.

Mit einer konkreten GSVP, allen voran der PESCO und dem Europäischen Verteidigungsfonds, hat die EU einen wichtigen Schritt für mehr Sicherheit und bessere Kooperation im Bereich der Verteidigung unternommen und auch zukünftige Visionen mit einem europäischen Sicherheitsrat und einer Armee der Europäer formuliert. Verbindliche Strukturen und ein EU-Haushalt, der Sicherheitsforderungen auch angemessen Rechnung trägt, prägen die neue europäische Verteidigungspolitik und stärken den europäischen NATO-Beitrag.

Dass verstärkte europäische Kooperation jenseits des Atlantiks nicht selbstverständlich als Unterstützung der NATO verstanden wird, zeigen die anfänglichen Irritationen, die PESCO und der Europäische Verteidigungsfonds ausgelöst haben. Dass dabei Interessen der amerikanischen Wehrindustrie im Vordergrund gestanden haben mögen, sollte nicht von der Tatsache ablenken, dass jeder Schritt vertiefter Integration auf europäischer Ebene den Partnern im Kontext einer Stärkung der NATO ausführlich vermittelt werden muss.

Eine handlungsfähige EU und eine ausgewogenere Fähigkeitenverteilung innerhalb der NATO ohne doppelte Strukturen

müssen das Leitbild für eine zukunftsfähige Aufstellung sein. Und hier schließt sich der Kreis zur Debatte um das Zwei-Prozent-Ziel. Sowohl innerhalb der EU als auch im NATO Bündnis muss Deutschland eine der wirtschaftlichen Stärke entsprechende Verantwortung übernehmen. Die Zwei-Prozent müssen daher Richtgröße für unsere Verteidigungsausgaben bleiben. Dabei steht die Ausrüstung mit modernen, leistungsfähigen Waffensystemen im Mittelpunkt, und keine Aufrüstung. In den letzten fünf Jahren hat die unionsgeführte Bundesregierung mit der Trendwende Haushalt das Verteidigungsbudget massiv erhöht. Diesen positiven Trend gilt es fortzusetzen.

Thomas Erndl MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seit 2017 Bundestagsabgeordneter und dort Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Seit Abschluss des Studiums in der Halbleiterindustrie in verschiedenen Positionen tätig. 1994 bis 1996 Zeitsoldat und Ausbildung zum Reserveoffizier. 1996 beim 1. Kontingent IFOR in Bosnien. Er ist Leutnant der Reserve.

Anzeige

MBDA
MISSILE SYSTEMS
EXCELLENCE
AT YOUR SIDE

**TLVS, DAS TAKTISCHE
LUFTVERTEIDUNGSSYSTEM**
EINE NEUE ÄRA BEGINNT

DIE BODENGEBUNDENE LUFTVERTEIDIGUNG DER ZUKUNFT

TLVS auf der Basis von MEADS wird der zukünftige Träger der bodengebundenen Luftverteidigung. Die Bundeswehr erhält mit TLVS bisher nicht verfügbare Fähigkeiten: Nachgewiesener 360-Grad-Rundumschutz und vernetzte Operationsführung, überlegene Mobilität, niedrige Nutzungskosten, hohe Durchhaltefähigkeit.

AIR DOMINANCE AIR DEFENCE MARITIME SUPERIORITY BATTLEFIELD ENGAGEMENT

www.mbda-systems.com

AMERICA FIRST: NATO-PARTNER ALS GEFÄHRDER DER NATIONALEN SICHERHEIT DER USA

JOSEF BRAML



Josef Braml

In seiner geo-ökonomischen Vermischung von Handels- und Sicherheitspolitik nimmt US-Präsident Donald Trump Amerikas NATO-Partner weniger als Verbündete denn als Gefährder wahr.



Endgültig vorbei ist die gute alte Zeit des Kalten Krieges, als die USA ihre Interessen zugunsten ihrer Alliierten noch umfassender definierten. Sie gewährten ihren westlichen Verbündeten öffentliche Güter wie Sicherheit, Freihandel und eine stabile Leitwährung, damit diese keine Gegenmacht bildeten und den USA folgten. Knapp sieben Jahrzehnte diente diese Nachkriegsordnung der westlichen Allianz, allen voran seiner Führungsmacht. Spätestens in Barack Obamas Amtszeit wurde jedoch sichtbar, dass der nicht mehr so liberale Ordnungshüter USA größere, vor allem innere Probleme hatte, die Führungsleistungen zu erbringen.

Trumps „realistische“ Weltsicht

US-Präsident Donald Trump zerstört nun willentlich die liberale Restordnung. Denn Trump und seine Sicherheits- und Wirtschaftsberater meinen, dass diese ohnehin nur noch Amerikas „Feinden“, allen voran China und Europa, hilft. Sie wännen sich in einer „realistischen“ Welt, in der Unternehmen gegen Unternehmen und Staaten gegen Staaten kämpfen. In dieser Sicht – die auch Russlands und Chinas Geostrategie

gen nicht fremd ist – haben Staaten keine Freunde, sondern nur Interessen. In diesem Nullsummendenden gibt es keine gemeinsamen Interessen: Trump denkt, er könne Amerikas Interessen nur auf Kosten aller anderen durchsetzen.

Das in der aktuellen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA nunmehr explizit als „realistisch“ bezeichnete Politikverständnis von US-Präsident Trump und seiner Sicherheits- und Wirtschaftsberater setzt auf Militärmacht und weniger auf Diplomatie. Die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation (WTO), die NATO und all die anderen internationalen Strukturen, die die USA nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben, sind für die amtierende US-Regierung nicht mehr wichtig, ja sogar hinderlich. Wenn die regelbasierte Ordnung, die internationale „Rule of Law“, zerstört ist, dann gilt das Recht des Stärkeren, nämlich der nach wie vor größten Militärmacht USA.

Militärmacht als kompetitiver Wettbewerbsvorteil

In der sozialdarwinistisch anmutenden Weltsicht Trumps, in der maximale militärische Macht das Recht des Stärkeren und somit die Dominanz der USA begründet, sind multilaterale Organisationen ein Hindernis: Sie sind schließlich darauf ausgerichtet, internationalem Recht zur Stärke zu verhelfen, auszugleichen, den Stimmen auch der – nach Trumps Meinung – Schwächeren im Konzert der Nationen Geltung zu verschaffen.

US-Präsident Trump hat vor allem das multilaterale Welthandelssystem immer wieder als schlechten Deal für Amerika dargestellt. Indem er auch in diesem Politikfeld die militärische Trumpfkarte zieht und Strafzölle – zunächst auf Stahl und Aluminium – mit nationaler Sicherheit begründet, setzt Trump nicht nur seine handelspolitischen Ziele durch, sondern er untergräbt auch die Welthandelsorganisation (WTO).

In der NATO gleichen die Strafzölle sogar einem Erpressungsmanöver. In seiner Vermischung von Handels- und Sicher-

Rede des NATO Generalsekretärs Jens Stoltenberg vor dem US-Kongress



heitspolitik nimmt Trump Amerikas NATO-Partner weniger als Verbündete denn als Gefährder wahr: Er sieht ihre Exporte in die USA als nationale Bedrohung; eine Ausnahme von Strafzöllen können die europäischen Handelspartner demnach nur erbitten, indem sie nachweisen, dass sie ihre Import-/Export-Bilanz zugunsten der USA verändern.

Europäische Verbündete können wohl nur dann das Wohlwollen Trumps erwirken, wenn sie amerikanische Rüstungsgüter kaufen, damit technologisch abhängig bleiben und zudem das amerikanische Handelsdefizit verringern helfen. Wer weiterhin den Schutz der USA beanspruchen will, muss dafür künftig mehr zahlen – und diesen Tribut nicht nur durch seinen Beitrag zur Sicherheitspolitik, sondern auch in der Handelspolitik zollen.

Militärmacht bietet den „kompetitiven Wettbewerbsvorteil“ schlechthin: Sie dient dazu, um im härter werdenden internationalen Wettbewerb zu gewinnen – mit dem Recht des Stärkeren und zwangsläufig auf Kosten aller anderen Nationen.

Was tun?

Das heißt jedoch nicht, dass Europa die USA im Gegenzug auch als Rivalen ansehen und „Gegenmacht“ bilden muss. Das ist nicht zu empfehlen, allein schon, wenn man sich das militärische Machtgefälle ansieht.

Um Trumps Forderungen nach höheren Militärausgaben zu entkräften und für die eigene Sicherheit zu sorgen, sollten europäische Regierungen einen Verteidigungsfonds etablieren, um gemeinsame Rüstungsanstrengungen zu ermöglichen. Europa sollte die Drohung von US-Präsident Trump ernst nehmen, dass die USA ihren Schutzverpflichtungen gegenüber ihren europäischen Verbündeten nicht mehr nachkommen werden, wenn diese nicht bereit sind, selbst mehr Lasten zu schultern.

Gleichwohl könnten die Europäer auch in Sicherheitsfragen

selbstbewusster auftreten, indem sie den Verantwortlichen in Washington erläutern, dass sich die USA seit Jahrzehnten nur deshalb ihre exorbitante Rüstung haben leisten können, weil ausländische Kreditgeber – lange Zeit China und Japan, und seit der Finanzkrise 2007/2008 vermehrt die Golf- und EU-Staaten – bereit gewesen sind, die zunehmende Verschuldung privater und Staats-Haushalte in den USA zu finanzieren.

Mit Blick auf diese umfassendere volkswirtschaftliche Betrachtung gleicht Trumps Kritik am Außenhandelsüberschuss Deutschlands und an seiner mangelnden Bereitschaft, mehr Geld (namentlich zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung) für (amerikanische) Rüstung auszugeben, einer Milchjungerrechnung.

Trump hat zwar Recht, wenn er sagt, dass Europa mehr in die USA exportiert als umgekehrt. Doch das amerikanische Außenhandelsdefizit entsteht nicht, weil Europa die USA übervorteilt, sondern weil die USA keine Sparquote haben. Solange Amerika nicht spart, sondern über seine Verhältnisse lebt, wird die Weltmacht ein Handelsdefizit haben. Wenn die USA weiterhin auf Pump leben, wirtschaften und rüsten wollen, dann brauchen sie jemanden, der das bezahlt. Das Geld, das exportstarke Länder wie Deutschland im Handel mit den USA verdienen, geben sie als Kredite dorthin zurück – diese Investitionen sollten auch bei einer umfassenderen, geo-ökonomischen Betrachtung von „Burden Sharing“ berücksichtigt werden.

Dr. Josef Braml

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Autor des Buches „Trumps Amerika – Auf Kosten der Freiheit“. Aktuelle Analysen veröffentlicht er auch über seinen Blog usaexperte.com.



DAS DEUTSCHE HEER IN DER NATO: GEFRAGTER UND VERLÄSSLICHER PARTNER

JÖRG VOLLMER



Jörg Vollmer

Das Heer musste sich in den vergangenen Jahren an den seit 2014 veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen neu ausrichten. Die Annexion der Krim und die daraus resultierenden Entscheidungen der NATO-Gipfel von Wales 2014, Warschau 2016 und Brüssel 2018 haben, die grundlegenden Weichen des Bündnisses gestellt. Die NATO hat das zukünftige Konfliktumfeld analysiert, Forderungen an die Mitgliedstaaten abgeleitet und mit der Verabschiedung einer neuen Militärstrategie ein wichtiges Dachdokument geschaffen, welches den militärischen Handlungsrahmen konsentiert absteckt. Mit Herausgabe des Weißbuches 2016 und der Konzeption der Bundeswehr 2018 wurden die strategischen Vorgaben für die Bundeswehr an die neue sicherheitspolitische Lage angepasst und daraus klare Vorgaben für das Fähigkeitsprofil der Streitkräfte abgeleitet. Der Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) wird dabei ein deutlich größeres Gewicht beigemessen und steht gleichrangig neben den Einsätzen im Rahmen des Krisenmanagements. Die Stärkung bzw. Wiedererlangen der Fähigkeit zur LV/BV war die Herausforderung mit der sich das Heer vorrangig befassen musste, um die zusätzlichen Verpflichtungen im Bündnis auch weiterhin sicherstellen zu können.

Im vergangenen Jahr wurden eine Reihe wesentlicher Entscheidungen gefällt und notwendige Weichen gestellt. Mit dem Plan Heer haben wir einen strategischen Plan aufgestellt, um die Landstreitkräfte in drei wesentlichen Schritten zu modernisieren. Dieser sieht vor bis 2023 eine Brigade so zu rüsten, dass aus ihr heraus der deutsche Anteil VJTF (L) 2023 (Very High Readiness Joint Task Force) gestellt wird. Bis 2027 gilt es eine komplette Division voll auszustatten. Parallel werden die anderen Verbände und Großverbände ausgestattet und digitalisiert, damit bis 2032 schließlich zwei digitalisierte und eine konventionell gerüstete Division zur Verfügung stehen.

2019 ist das Jahr der Umsetzung. Denn die Herausforderungen, vor denen das Heer gerade mit Blick auf Einsätze, Material und Personal steht, sind immens. Das Auftragsbuch ist mehr als gut gefüllt: Seit der letzten Legislaturperiode haben sich

die Aufträge des Heeres nahezu verdoppelt. Mehr als 12.400 Soldatinnen und Soldaten sind regelmäßig gebunden - das sind knapp ein Fünftel des gesamten Heeres. Trotz der Fokussierung auf die LV/BV darf man aber die Einsätze wie in Afghanistan, im Irak und in Mali nicht aus den Augen verlieren. Die Lage in den Einsatzgebieten hat sich kontinuierlich verändert und ist nach wie vor gefährlich. Eine starke Präsenz des Heeres ist daher weiter notwendig. Unsere Soldaten, ob im Einsatz oder im Tagesdienst, beweisen trotz immer schwieriger werdender Rahmenbedingungen Professionalität und Einsatzbereitschaft. Darauf können wir zurecht stolz sein.



Übung Noble Jump 2019 (Quelle: Bundeswehr/Stolze)

Neben den Einsätzen kommt es jetzt darauf an, die Weichenstellungen zu festigen und Zeitlinien zu halten, um nicht den Anschluss zu verlieren. Stichwort VJTF 2023 oder Digitalisierung. Hier bedarf es deutlich erhöhter und systematischer Materialzuläufe ab 2020, um unsere Aufträge, auch im Rahmen der NATO, in gewohnter Qualität umzusetzen zu können.

Im Fokus: Verstärkte Landes- und Bündnisverteidigung als Katalysator

Neben den Einsätzen entfalten besonders die Enhanced Forward Presence (EFP, deutsch: verstärkte Vornepräsenz)



Das Personnel Recovery Team übt die Rückführung einer isolierten Person im Rahmen der NATO-Mission Resolute Support (Quelle: Bundeswehr/Neumann)

in Litauen und die VJTF eine besondere Bindungswirkung. Der Einsatz in Litauen ist ein langandauernder Auftrag mit dem wir insbesondere unsere Solidarität und Glaubwürdigkeit im Bündnis zeigen. Seit 2017 erfüllt das Heer mit bis zu 600 Soldaten an der Ostflanke der NATO den multinationalen Auftrag zur Abschreckung, gemeinsam mit Partnern anderer Mitgliedstaaten.

Die Übernahme der Führungsverantwortung für die NRF 2018-2020 ist eine Mammutaufgabe, der wir uns mit der Rahmennationengruppe zusammen mit den Niederlanden und Norwegen, sowie fünf weiteren Nationen erfolgreich stellen. Mit der NATO-Übung Trident Juncture (TRJE) in Norwegen haben wir im November 2018 eindrucksvoll bewiesen, dass wir unsere Kräfte zeitgerecht und einsatzbereit verlegen können. Dieser hohe Grad an Einsatz- und Verlegebereitschaft wurde zuletzt erneut im Juni 2019 im Rahmen der Übung NOBLE JUMP in Polen bestätigt. Diese Übungen haben auch gezeigt, dass solche Aufträge als Katalysator dienen können. Neben allen Engpässen zeigt die notwendige Vollausrüstung der Brigade auch eine Trendwende beim Zulauf des Materials. Ohne VJTF 2019 zahlreiche Beschaffungen nicht möglich gewesen.

Aber wir dürfen nicht nachlassen. Um die der NATO zugesagten Fähigkeiten bereitstellen zu können, müssen die Landstreitkräfte voll ausgestattet sein. Die Fähigkeit zur LV/BV einschließlich der Digitalisierung ist die Messlatte, über die wir mittelfristig alle acht Brigaden des Heeres heben müssen. Dabei ist die VJTF 2023 der zeitliche Treiber. Um nachhaltig rüsten und digitalisieren zu können bedarf es fest zugewiesener und planbarer finanzieller Mittel, die zweckgebunden für den systemischen Aufwuchs der Landstreitkräfte verstetigt werden. Das ist der Einstieg in die schrittweise und systematische Beseitigung der materiellen Defizite.

Die Zukunft des Heeres innerhalb der NATO ist digital

Digitalisierung ist das Metathema für das Heer und wesentli-

cher Innovationstreiber für die Landstreitkräfte. Dabei geht es zum einen um bessere, moderne, zukunftsfähige Hardware, digitale Funkgeräte und entsprechende Software sowie die Verknüpfung bereits bestehender digitaler Inseln und Verbesserung der Interoperabilität. Mit dem am 6. Dezember 2018 in Munster aufgestellten Test- und Versuchsverband, werden wir neue digitale Technologien durch den Nutzer – unsere Soldaten – auf ihre militärische Effektivität und ihren taktisch operativen Gefechtswert hin testen. Für die VJTF 2023 testen wir zunächst ein Battle Management System und schaffen so erstmals einen vollständigen digitalen Informations- und Datenverbund für nahezu alle Teilnehmer. Mittelfristig steht die Erprobung digitaler, hoch agiler und NATO-kompatibler Technologien im Vordergrund. Derzeit ist ein Systemzentrum Digitalisierung zur gemeinsamen Koordinierung zukünftiger IT-Projekte der Bundeswehr in Planung. Wir haben es aber schon jetzt geschafft, in Munster Menschen, Material und Infrastruktur zusammenzuziehen und ein Center of Gravity für die Digitalisierung der Landstreitkräfte aufzubauen. Das Heer setzt die Benchmark.

Dabei kommt es nicht nur darauf an, Fähigkeiten innovativ, schnell und effizient zu generieren, sondern dabei im engen Verbund mit relevanten, auch multinationalen Partnern in digitalisierten landbasierten Operationen zusammenzuwirken und die Interoperabilität zu stärken. Das Heer ist darin ein verlässlicher Partner, heute und auch zukünftig!

Jörg Vollmer

Generalleutnant, Inspekteur des Heeres

Trat 1978 in die Bundeswehr ein. Vor seiner Ernennung zum Inspekteur des Heeres im Juli 2015 diente er unter anderem als Commander Regional Command North, ISAF, in Afghanistan und als Kommandeur Division Schnelle Kräfte.

DIE ZUKUNFT DER NATO: IN EINE NEUE EPOCHE

STEFANIE BABST



Stefanie Babst

Vor wenigen Monaten ist die NATO 70 Jahre alt geworden. Zweifelsohne kann man die NATO als Erfolgsgeschichte betrachten. Die vergangenen 70 Jahre sagen jedoch wenig über die Zukunftsfähigkeit der NATO aus. Warum? Die Antwort auf diese Frage erscheint offensichtlich und doch ist sie äußerst komplex.



Tagung der Verteidigungsminister bei der Sitzung des Nordatlantikrats

Über sieben Jahrzehnte hinweg haben die Mitglieder der NATO gemeinsamen politischen Willen gezeigt, gemeinsam militärische Fähigkeiten generiert und gemeinsames Handeln über den Atlantik hinweg demonstriert – etwas, das mit Bezug auf die europäische Geschichte immer noch einzigartig ist.

Historisch gesehen scheinen wir nun aber in eine neue Epoche eingetreten zu sein. Die positiven und negativen Auswirkungen der Globalisierung, die Auswirkungen des Klimawandels auf Volkswirtschaften und Gesellschaften, die Wechselwirkungen zwischen demographischen Veränderungen, Konflikten und Migration sowie die Auswirkungen schnell wachsender innovativer Technologien auf praktisch jeden Aspekt unseres Lebens hat die globale Ordnung nachhaltig verändert, und wird dies auch weiterhin tun. Noch wichtiger ist, dass der Druck auf die liberale Weltordnung in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen hat. Durchsetzungsfähige und autoritäre Machthaber, die mit illiberalen Demokratieformen experimentieren, konnten sich auf internationaler Ebene durchsetzen und trotz der liberalen Weltordnung so wie sie nach dem Kalten Krieg kriert worden ist. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass auch multilaterale Organisationen zunehmend unter Druck geraten sind.

Was bedeutet all das für die NATO? Vor allen Dingen bedeutet dies, dass die Aufgabe der NATO, mehr als 900 Millionen Bürgerinnen und Bürger zu schützen, weder an dem Maßstab von 1949 noch an dem von 1989 oder 2001 gemessen werden kann. Außerhalb der NATO werden sowohl Territorien als auch Funktionsbereiche von unseren strategischen Konkurrenten ange-

fochten – Ländern wie Russland, China und Iran. Strategischer Wettbewerb findet zu Lande, zu Wasser, in der Luft, im Welt- raum sowie in den Bereichen Information, Technologie und im Internet statt. Selbst bei uns zu Hause sind die Herzen und die Köpfe der Menschen umkämpft, u. a. von externen Gegnern, die öffentliche Diskurse durch gezielte Informationskampagnen zu beeinflussen versuchen.

Was ist zu tun? Ich möchte vier Bereiche hervorheben, die ich für entscheidend halte:

Erstens braucht die NATO einen effektiven 360-Grad-Ansatz für die Sicherheit an ihren Grenzen. Das Bündnis muss ein solides Gleichgewicht zwischen kollektiver Verteidigung und Abschreckung gegenüber Russland und der Bewältigung der Sicherheits Herausforderungen an seinen südlichen und südöstlichen Grenzen aufrechterhalten. Die Implementierung eines echten 360-Grad-Sicherheitsansatzes erfordert auch mehr Ausgaben für die Verteidigung. Nach vielen Jahren der Vernachlässigung zeigen die Verteidigungshaushalte aller NATO-Mitglieder endlich wieder nach oben. Es muss jedoch noch viel mehr getan werden.

Zweitens muss sich die NATO die Verteidigung gegen neue, unkonventionelle Bedrohungen vorbereiten. Die meisten Angriffe finden heute im Cyberspace statt, ohne dass ein einzelner Soldat eine einzige Grenze überschreitet. Die „hybride“ Kombination aus militärischen und nichtmilitärischen Mitteln ist aus der Sicht Russlands und anderer Staaten ein probates Mittel, um strategische Ziele durchzusetzen und die politische Kohärenz der westlichen Bündnismitglieder zu schwächen. Um auf solche unkonventionellen Bedrohungen zu reagieren, sind eine engere Zusammenarbeit der Nachrichtendienste, die Stärkung der nationalen Widerstandsfähigkeit gegen hybride Kriegsführung, die Verbesserung der Cyberabwehr und eine enge Zusammenarbeit mit Institutionen wie der EU erforderlich.

Drittens muss die NATO den technologischen Wandel gezielter in Angriff nehmen. Künstliche Intelligenz, „Big Data“ oder Block-Chain-Technologien können enorme Wirtschaftsvorteile bieten, sie können jedoch auch unsere Gegner befähigen, weit- aus intelligentere Angriffe zu koordinieren. Die Verbündeten haben gerade erst begonnen, sich mit dieser hochkomplexen Thematik auseinanderzusetzen und die richtigen Fragen zu stellen: welche Auswirkungen haben neue und disruptive

Technologien auf künftige Kriegsführung? Wie wirken sie sich auf die strategische Stabilität Europas aus? Wie müssen wir angesichts der rasanten Technologieentwicklung Konzepte von Abschreckung und Rüstungskontrolle neu denken? Die NATO muss in Zukunft mit Hochdruck an Antworten auf diese und ähnliche Fragen arbeiten.

Viertens und Letztens: Irgendwann in nicht allzu ferner Zukunft müssen wir wahrscheinlich eine neue transatlantische Vereinbarung in Angriff nehmen, wenn die Kluft zwischen den beiden Seiten des Atlantiks nicht immer breiter werden soll. Ein solches Übereinkommen müsste berücksichtigen, dass die USA ihren strategischen Fokus auf die Eindämmung Chinas verlagert haben – unabhängig davon, wer im Weißen Haus sitzt. Bis jetzt haben die Europäer keine schlüssige Antwort auf die Frage, ob China ein Partner, ein Feind oder einfach ein strategischer Rivale ist, während es so aussieht, als ob die USA bereits in China eine neue Bedrohung ausgemacht haben.

Ein neues transatlantisches Abkommen müsste auch berücksichtigen, dass die Europäer – endlich bereit sind, Sicherheits Herausforderungen in ihrem eigenen Hinterhof zu meistern, nicht durch diplomatische Erklärungen, sondern durch einen echten politischen Willen und den Einsatz von Ressourcen und Fähigkeiten. Zu den vielen „Rose Elephants“ gehört außerdem die Nuklearfrage. Und nicht zuletzt sollte eine neue transatlantische Übereinkunft dazu beitragen, dass die NATO ihre Prioritäten überdenkt. Wo hat die NATO eine spürbare strategische Wirkung und wo nicht? Die Umwandlung der Allianz in eine Organisation, die in der Lage ist,

Anzeige



LEBEN IN SICHEREM UMFELD

Technologie im Einsatz für Frieden und Freiheit

www.diehl.com

auf die zahlreichen komplexen Sicherheits Herausforderungen in einer globalisierten Welt zu reagieren, ist bereits eine riesige Aufgabe. Wir dürfen uns nicht in zu viele Richtungen ziehen lassen, sondern müssen uns auf das konzentrieren, worauf es ankommt: Sicherheit für unsere Mitbürger und Territorien mit den Mitteln, die wir haben, sowohl alten als auch neuen.

Die NATO wurde zu einer Zeit geboren, als der „Omaha-Milchmann“ seine Flaschen in einem kleinen Lieferwagen von Tür zu Tür lieferte. Unsere Gegenwart hat mit der Welt von 1949 wenig zu tun. Die heutigen Sicherheits Herausforderungen können daher auch nicht mit den Mitteln der Vergangenheit bewältigt werden. Wenn alle Verbündeten diese grundlegende Tatsache verstehen und annehmen, können sie ihre Allianz in einen echten Sicherheitsdienstleister des 21. Jahrhunderts verwandeln.

Dr. Stefanie Babst NATO

Leitet den Strategischen Analyse- und Planungsstab des NATO-Generalsekretärs und Vorsitzenden des Militärausschusses. Zuvor war sie unter anderem Stellvertretende Beigeordnete NATO-Generalsekretärin. Dr. Babst hat in politischer Wissenschaft, Slawistik und internationalem Recht in Kiel und Harvard promoviert. Der Beitrag stellt keine offizielle NATO-Position dar, sondern gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

DIE EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSUNION: DER RICHTIGE WEG IN EINER INSTABILEN WELT

CHRISTOPH RAAB



Christoph Raab

Es kann einem schon schwindlig werden angesichts der Geschwindigkeit und Unvorhersehbarkeit vieler Veränderungen auf der Welt. Globalisierung, multipolare Weltordnung, fake news und zerfallende Gewissheiten sowohl online als auch offline – das alles ist nicht ganz neu, hat sich aber in den letzten Jahren noch einmal dramatisch beschleunigt. Das Leitbild der westlichen Demokratie hat in der Welt an Strahlkraft eingebüßt und Europa stellt nur noch 7% der Weltbevölkerung, mit sinkender Tendenz.

Die Europäische Union hat bereits vor ca. 20 Jahren angefangen, sich zu fragen, wie sie strategisch auf solche Fragen antworten und die Bürger Europas schützen kann. Forschungsprogramme wurden aufgelegt, Agenturen für Grenzschutz und Verteidigung wurden gegründet und battle groups, also Kampfgruppen, zusammengesetzt aus Soldaten verschiedener europäischer Länder, wurden aufgestellt. All das wurde in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen. Teils, weil niemand mit der EU die Erwartung verband, Sicherheit für die Bevölkerung herzustellen, wie das bei einem Staat der Fall ist, teils, weil der Mehrwert all dessen durchaus auch kritisch gewürdigt werden kann.

Angesichts der steigenden sicherheitspolitischen Herausforderungen, denen auch die großen Länder Europas nicht mehr alleine begegnen können, ändert sich beides zunehmend. Die USA wenden sich – Trump hin oder her – langfristig stärker Asien zu. Und selbst in unserer näheren Umgebung, in Nordafrika und dem Nahen Osten, haben wir nicht genügend Kraft und Einfluss, um diese Regionen nachhaltig zu stabilisieren. Angela Merkel hat es nach dem G-7-Gipfel 2017 so formuliert: „Wir können uns nicht mehr auf die USA verlassen, wie es in der Vergangenheit der Fall war.“ Vor

diesem Hintergrund ist gerade in den letzten 5 Jahren in der EU einiges in Bewegung gekommen, und seit dem Amtsantritt von Donald Trump und der Brexit-Abstimmung in Großbritannien ist eine zusätzliche Dynamik und Dringlichkeit in der EU zu spüren: So wurde etwa ein europäischer Verteidigungsfond mit ca. 13 Mrd. € aufgesetzt. Unter dem Stichwort PESCO wurde es Gruppen von EU-Mitgliedstaaten ermöglicht, militärisch enger zu kooperieren. Dabei wurden umfangreiche Listen von Projekten erstellt, die nun umgesetzt und zu konkreten Fähigkeiten werden müssen. Deutschland, Frankreich und Spanien wollen gemeinsam ein neues Kampfflugzeug erstellen. Und die sogenannte Eurodrohne ist ein weiteres konkretes Ergebnis dessen.



Florian Hahn MdB, Oswin Veith MdB, Dr. Markus Söder MdB und André Wüstner (v.l.n.r.) bei der Verabschiedung des CSU-Positionspapiers „Bekanntnis zu Bundeswehr und Bündnissen“ am 06. Mai 2019

Das sind gute Ansätze, aber es ist nur der Anfang eines langen Prozesses. Das CSU-Positionspapier vom Mai 2019 zu Bundeswehr und Bündnissen hat den Anspruch einer „ech-

ten europäischen Verteidigungsunion bis 2030“ formuliert. Es ist richtig, in solchen Kategorien zu denken und Ansprüche zum Schutz der Bevölkerung zu formulieren, die eben nur noch auf europäischer Ebene zu verwirklichen sind.

Insofern ist die EU – in gegenseitiger Ergänzung mit der NATO – die richtige Ebene, um die Bevölkerung Europas in der unruhigen Welt des 21. Jahrhunderts wirksam zu schützen. Dazu müssen aber auch konkrete Zwischenziele definiert und nicht nur Fernziele am Horizont markiert werden. Auf dem Papier existiert bereits vieles. Bereitgestellte Gelder, Strategiepläne und Pläne dürfen allerdings nicht zu Symbolprojekten führen, sondern müssen zu echten Fähigkeiten werden. Auf der europäischen Ebene sind viele Voraussetzungen dafür geschaffen worden. Es braucht aber auch in der nationalen Politik in ganz Europa den Mut, ehrlich zu benennen, wo die Grenzen nationaler Verteidigungspolitik sind und wo und wie deshalb Fähigkeiten auf europäischer Ebene entstehen müssen. Militärische Cyberabwehrfähigkeiten etwa wären hier ein gutes Beispiel. Eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau echter militärischer Fähigkeiten zum Schutz Europas ist der Beitrag und die Zuverlässigkeit Deutschlands. Ein Jahrzehnt Finanzkrise in Europa haben viel Misstrauen gegen Deutschland

unter den anderen EU-Mitgliedstaaten entstehen lassen. Deutschland muss im europäischen Interesse Führung zeigen, und zwar sowohl beim strategischen Denken als auch bei der rüstungspolitischen Kooperation.

Und es ist Zeit für die nächste Ebene, wie Europa seine Bürger schützen kann: Originäre europäische Interessen müssen definiert werden. Für eine Europäische Verteidigungsunion, die diesen Namen verdient, braucht es am Ende eine gemeinsame europäische Sicherheitskultur. Und dafür braucht es europaweite, gesellschaftliche Debatten, wie wir den besten Schutz für unseren Kontinent erreichen.

Christoph Raab

Chairman European Security Round Table

Seit 2002 ist Christoph Raab im EU-Umfeld tätig. 2005 gründete er den European Security Round Table. Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Cybersicherheit. Er leitet außerdem den zivilen Verband Drone Alliance Europe.

